

OBERSICHT**AUSSENPOLITIK****BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND****(1) Die deutsch-chinesischen Beziehungen im Berichtszeitraum**

a)

Die Amtszeit von Botschafter Erwin Wickert, der am 7. Januar 1980 seinen 65. Geburtstag gefeiert hatte, geht zu Ende. Aus diesem Anlaß traf sich der stellvertretende Ministerpräsident Fang Yi mit dem scheidenden Botschafter, der die deutsch-chinesischen Beziehungen während seiner Amtszeit auf vielen Gebieten, vor allem im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich, vorangebracht hat. In dem Glückwunschsreiben des Bundespräsidenten zum 65. Geburtstag heißt es: "Sie haben durch eine bei uns selten vorkommende Verbindung von Frack und Feder als Diplomat und Schriftsteller gewirkt. Die erstere Tätigkeit geht mit jenem Automatismus zu Ende, der auf Erfolg nicht achtet. Um so mehr hoffe ich auf eine erfolgreiche Fortsetzung Ihrer Arbeit als kenntnisreicher Autor von Büchern, Theaterstücken und Hörspielen." Ebenso wie dieses Glückwunschsreiben ist auch die Mitteilung des Auswärtigen Amtes über das Agreement des neuen Botschafters im Bulletin der Bundesregierung abgedruckt. Wörtlich: "Günther Schödel, am 5. August 1922 in Berlin geboren, studierte nach dem Militärdienst Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft. 1952 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Von 1954 bis 1956 war er an der Gesandtschaft Bangkok, danach bis 1958 an der Botschaft Jakarta eingesetzt. Nach einer Verwendung in der Zentrale des Auswärtigen Amtes wurde er 1962 an die Botschaft Rio de Janeiro entsandt. 1967 kehrte er in die Zentrale zurück und übernahm die Leitung des Besoldungs- und Organisationsreferats. Zugleich war er Berater für die Reformkommission des Auswärtigen Dienstes. Nach kurzer Tätigkeit als Botschafter z.B.V. und Chefinspekteur war er von 1973 bis 1977 stellvertretender Leiter der Kulturabteilung. Seit 24. August 1977 ist er Botschafter in Jakarta."

b)

Der chinesische Botschafter in der Bundesrepublik, Zhang Tong, eröffnete am 10. Januar in Westberlin eine Ausstellung über den chinesischen Schriftsteller Lu Xun (1881-1936), dessen einhundertster Geburtstag im kommenden Jahr in der VR China begangen wird. Die im Rahmen des deutsch-chinesischen Kulturaustausches aus China kommende Ausstellung steht unter der Schirmherrschaft von Bundesaußenminister Genscher und des chinesischen Botschafters. Sie ist als chinesische Gegenexposition zu der

durch das Auswärtige Amt im vergangenen Jahr in China präsentierten Käthe-Kollwitz-Ausstellung gedacht und wird nach Berlin, wo sie bis zum 23. Februar zu sehen ist, noch bis Jahresende in mehreren Städten der Bundesrepublik gezeigt. Der Botschafter stattete auch dem Rathaus Schöneberg einen Antrittsbesuch ab. Damit besuchte er zum ersten Mal in offizieller Mission Berlin. Ein Sprecher der Botschaft erklärte dazu, es gehöre zu den normalen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China, daß auch Westberlin besucht werde.

Von Bedeutung war auch der Besuch einer Delegation des chinesischen Gewerkschaftsbundes, die zwölf Tage lang die Städte Hamburg, Düsseldorf, Bonn, München und Frankfurt aufsuchte und sich für Aufbau und Aufgabenbereich des DGB interessierte. Nachdem die chinesischen Gewerkschaften durch die Kulturrevolution 12 Jahre lang ausgeschaltet waren, befinden sie sich erst seit eineinhalb Jahren wieder im Aufbau und suchen deshalb nach Vorbildern.

Eine 14 Mann starke deutsche Delegation, unter ihnen 11 Vertreter von Industrieunternehmen und landwirtschaftlichen Interessenverbänden, trafen sich in Peking mit chinesischen Partnern zur ersten Sitzung der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppe "Landwirtschaft und Flüsse". Ergebnis war eine Liste kommerzieller Projekte, die deutsche Unternehmen der landwirtschaftlichen Zulieferindustrie in Zusammenarbeit mit chinesischen Behörden durchführen wollen. Neben vielen kleinen Projekten geht es unter anderem um Großvorhaben, wie zum Beispiel die Mechanisierung eines Farmgeländes von 12.000 ha in der Provinz Heilongjiang. Die Projekte sollen teilweise auf Kompensationsbasis, d.h. gegen Lieferung von landwirtschaftlichen Rohstoffen wie Sojabohnen und Sesam, durchgeführt werden. Vereinbarung wurde auch die Entsendung von Fachdelegationen sowie die Entsendung chinesischer Praktikanten zur fachlichen Weiterbildung in der Bundesrepublik. Die nächste Sitzung soll Anfang September 1980 in Deutschland stattfinden. Die Arbeitsgruppe soll später in einen ständigen Unterausschuß "Land- und Ernährungswirtschaft" des gemischten Ausschusses nach Art. 9 des deutsch-chinesischen Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit umgewandelt werden.

Auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen wurde an der Universität Hamburg ein Vorbereitungskomitee für die "Gesellschaft chinesischer Wissenschaftler in Europa" ins Leben gerufen. Das Komitee soll dem Meinungsaustausch hinsichtlich der Lehr- und Forschungsmethoden sowie der Förderung von Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Organisationen beider Länder dienen.

Zu einer Gastvorlesung kam der chinesische Germanist, Prof. Zhang Yushu, auf Einladung der FU Berlin und sprach dort über neue Tendenzen in der chinesischen Literatur. Der Beida-Professor zog Parallelen zur deutschen Literatur nach dem

2. Weltkrieg. Wie die Gruppe 47 sich damals in Deutschland nach einer Zeit der "korrumpierten Sprache" um ein neues Literaturverständnis bemüht habe, sei man auch in China nach dem Sturz der "Viererbande" bestrebt, die eigene Sprache und Literatur neu zu beleben. In der Literatur dürfe nicht nur Klassenkampf vorherrschen. Man müsse die Menschen wieder "menschlicher" sehen.

-we-

WESTEUROPA

(2) Die Volkszeitung nimmt zum "Eurokommunismus" Stellung

Auf die Frage eines Lesers, "Was ist eigentlich Eurokommunismus?" gab RMRB (12.01.80) folgende Erklärungen: Der Ausdruck "Eurokommunismus" entstamme von Arrigo Levi, dem früheren Chefredakteur der italienischen "La Stampa". Levi habe damit eine bestimmte Form des Weges zum Sozialismus andeuten wollen, wie er von den kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens verfolgt werde. Auf einem Dreierparteitreffen in Madrid im März 1977 hätten sich die KP-Führer der drei Länder auf das "eurokommunistische Manifest" geeinigt. Auch der französische KP-Führer George Marchais habe sich in einem Buch systematisch über den "Eurokommunismus" geäußert.

Das eigentliche Problem des Eurokommunismus bestehe darin, daß er den Weg des "Friedens der Demokratie" zu einem Sozialismus beschreiten wolle, der "national eingefärbt" und "human" sei. Außenpolitisch ziele der Eurokommunismus auf ein vereintes Europa ab, das von beiden Supermächten unabhängig agieren könne. Bei den Parteibeziehungen stehe die Betonung der strikten Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der einzelnen kommunistischen Parteien im Vordergrund. Alle Parteien seien gleich, es gebe kein Führungszentrum und keine Führungspartei.

RMRB nimmt zum Eurokommunismus offensichtlich eine recht zwiespältige Haltung ein: Auf der einen Seite beobachtet sie die Selbstständigkeitsbestrebungen der einzelnen kommunistischen Parteien wohlwollend, die vor allem gegen die KPdSU gerichtet sind, andererseits scheint sie von dem Humanitätsgerede und von dem vorgeschlagenen friedlichen Weg wenig zu halten.

Sicherheitshalber aber hält man lockere Kontakte zur italienischen KP (näheres dazu C.a., Nov.1979, 05).

Voller Sympathie hat die chinesische Presse auch die Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan durch die eurokommunistischen Parteien aufgenommen (XNA, 28.01.80).

-we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(3) Peking sagt die zweite Runde der chinesisch-sowjetischen Verhandlungen ab und spricht sich gegen die Olympischen Spiele in Moskau aus

Wie koordiniert wirken die amerikanischen und chinesischen Schritte gegen Moskau.

Am 20. Januar erklärte ein Sprecher der Presseabteilung beim chinesischen Außenministerium, daß China aufgrund der sowjetischen Invasion in Afghanistan einstweilen nicht an der geplanten zweiten Runde der sowjetisch-chinesischen Verhandlungen über eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen teilnehmen wolle. In der gegenwärtigen Situation sei eine Normalisierung der Beziehungen nicht zu erwarten (XNA, 20. und 21.1.1980).

Beifällig kommentierte Xinhua (XNA, 21.1.1980) auch den Aufruf des amerikanischen Präsidenten zum Boykott der Olympischen Spiele in Moskau. In einem weiteren Artikel (XNA, 27.1.1980) werden die Lehren der Olympischen Spiele von 1936 im Deutschland Hitlers ausgebreitet. Hitler habe es damals verstanden, mit seinen Friedensgesten die Welt zu täuschen. Doch schon zwei Monate, nachdem das farbenprächtige Spiel in Berlin zuende war, sei die Legion Kondor nach Spanien entsandt worden. Diesem Akt folgte der Anschluß Österreichs und schließlich das Münchener Abkommen, das von China als Symbol des Kapitulationismus schlechthin betrachtet wird.

Vier Tage vorher bereits hatte Außenminister Huang Hua verlauten lassen, die Volksrepublik wolle sich in Moskau nicht an den Spielen beteiligen.

Schon vor der Absage der zweiten Gesprächsrunde hatte Radio "1. August" die chinesische Verhandlungsführung kritisiert. Da bestehe einmal Streit zwischen den Spitzenführern in Peking, ob die Gespräche überhaupt stattfinden sollten: Die einen meinten, man könne sich doch nicht einigen, die anderen glaubten, die vier Modernisierungen schneller vorantreiben zu können, wenn man mit der Sowjetunion in eine etwas längerfristige Normalisierungsphase eintreten könne. Der chinesische Unterhändler Huang Youping habe für die Verhandlung während der ersten Runde folgende taktische Anweisungen mitbekommen: Verhandeln, aber nichts unterzeichnen; die Verhandlungen so lange wie möglich hinauszögern; die Wünsche Chinas anmelden, aber keine Zugeständnisse machen. China sollte also mit anderen Worten nach außen hin verhandlungswillig erscheinen, ohne dies wirklich zu sein.

Um gleichwohl zu Ergebnissen zu kommen, habe die Sowjetunion vorgeschlagen, zunächst einmal

über unkomplizierte Fragen wie Handel, Wissenschaft und Technologie sowie Kulturaustausch zu sprechen und die schwierigen Fragen einstweilen hinten zu stellen. Doch damit sei man bei den Chinesen auf taube Ohren gestoßen (SWB, 14.1.80) (zur ersten Runde der Verhandlung vgl. C.a. Nov.1979, 07)

Die Chinesen drehten den Spieß um, indem sie behaupteten, daß mit den Sowjets nicht zu verhandeln sei. In der westlichen Presse sei häufig von Tauben und Falken hinter den Kremlmauern die Rede. Eine solche Differenzierung sei jedoch nicht gerechtfertigt. Wenn es um hegemonistische Fragen gehe, seien sich die Entscheidungsträger im Kreml allemal einig, ob es nun um die Massierung von 1 Million Soldaten an der chinesisch-sowjetischen Grenze, um bewaffnete Einmischung in Angola oder Zaire oder am Horn von Afrika oder um die Unterstützung Vietnams bei der Annexion Kambodschas gehe. Breschnew werde manchmal als eine der Friedenstauben bezeichnet, doch gerade er repräsentiere, wie kein anderer Parteiführer, sowohl die Partei als auch die Regierung als auch die Armee, und zwar in seinen Eigenschaften als Generalsekretär des ZK, als Präsident des Präsidiums der UdSSR und als Vorsitzender des Verteidigungsrats. Ohne ihn hätte kein Panzer nach Afghanistan einrollen können (XNA, 27.01.80).

-we-

(4) "Stalins ausgewählte Werke"

Zum hundertsten Geburtstag Josef Stalins am 21. Dezember gab das Büro für die Übersetzung der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin des ZK der KPCh eine 2bändige Auswahl der Werke Stalins mit zusammen 58 Artikeln heraus. Vorrang wurde den Schriften Stalins zur Verteidigung des Leninismus eingeräumt ("Über die Grundlagen des Leninismus", "Die Oktober-Revolution", "Die Taktik der russischen Kommunisten" sowie "Zu den Fragen des Leninismus").

An zweiter Stelle folgen Beiträge zum Wirtschaftsaufbau (Industrialisierung, landwirtschaftliche Kollektivierung, Fachpersonal-Ausbildung). Zentral ist hier Stalins letzte Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", in der Erfahrungen der Sowjetunion beim Wirtschaftsaufbau in mehr als 30 Jahren zusammengefaßt werden.

Das philosophische Institut der Akademie der Sozialwissenschaften veranstaltete ein Forum in Changchun über das philosophische Denken Stalins.

Trotz aller Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion hat man sich also ideologisch auf Konvergenzkurs begeben. Die Nachricht, daß China das Sowjetregime in Zukunft nicht mehr als "revisionistisch" hinstellen wolle (dazu Näheres C.a., Dez 1979, 02) erfährt hierdurch eine weitere Bestätigung.

-we-

(5) Bedrohung Jugoslawiens durch die Sowjetunion?

Mitte Januar seien größere sowjetische Verbände, die sich zum Teil aus Truppenkontingent im Inneren der Sowjetunion, zum Teil aber auch aus den aus der DDR abgezogenen Sowjetverbänden rekrutierten, nach Ungarn verlegt worden, und zwar in eine Gegend, die nur 90 km von der jugoslawischen Grenze entfernt sei (BRu 1980, Nr.4 S.11). Die Jugoslawen hätten daraufhin bereits eine Verteidigungsdiskussion begonnen und ihre Verbände mobilisiert. Möglicherweise wolle die Sowjetunion den schlechten Gesundheitszustand Präsident Titos zum Eingreifen in Jugoslawien benutzen (Radio Peking NSWB, 30.01.80). Als Tito sich vorübergehend erholte, sandte Hua Guofeng am 27. Januar ein Glückwunschtelegramm, in dem sich China wieder etwas beruhigter zeigte.

-we-

NORDAMERIKA

(6) "Allianz" oder "Konvergenz" in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen? Zum Besuch Harold Browns in Peking

Vom 5. bis 19. Januar besuchte der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown die VR China. Sein schon vor der Afghanistankrise gekündigter Besuch erhielt durch die Wende in Mittelost eine neue, für Moskau beunruhigende Bedeutung. Brown traf mit sämtlichen maßgebenden Spitzenpolitikern zusammen, angefangen von Hua Guofeng und Deng Xiaoping bis hin zu Geng Biao, stellvertretender Ministerpräsident, und Verteidigungsminister Xu Xiangjian. Er besuchte Armeeeinheiten (unter anderem die Shanghai-Garnison), Panzertruppen, stattete der chinesischen Flotte in Shanghai einen Besuch ab und ließ sich Flugzeugübungen vorführen (XNA, 13.1.1980). Ferner traf er mit führenden Vertretern der Armeekommission für Wissenschaft und Technologie zusammen, an deren Spitze der Vater der chinesischen Atombombe, Qian Xuesen, stand (XNA, 9.1.1980). Die chinesische Waffentechnik befindet sich nach seinem Urteil zwar auf einem "respektablen Stand", doch machte Brown auch keinen Hehl daraus, daß er noch einen weiten Abstand zum Waffenbestand der beiden Supermächte sieht.

Am 8. Januar forderte Deng Xiaoping in Anwesenheit des amerikanischen Gastes alle Länder der Welt auf, sich gegen die sowjetische Politik der globalen Expansion zusammenzuschließen. Der chinesische Ausdruck "lienho gilai" wurde dabei der ausländischen Presse vielfach als "eine Allianz eingehen" übersetzt, eine dem chine-

sischen Wortlaut nicht entsprechende Verschärfung. Verteidigungsminister Xu Xiangjian wiederholte die Formulierung einen Tag später (XNA, 10.1.1980). Radio Hanoi griff den Ausdruck jedoch auf, um von einer "Peking-Washington-Tokyo-Achse" zu sprechen (SWB, 10.1.1980). Ehe Brown seine Reise in die Provinzen antrat, sprach er in Peking noch einmal davon, daß die USA und China "share a similar assessment of the global strategic situation" (wobei er vor allem auf Afghanistan, Vietnam und Kampuchea hinwies; XNA, 10.1.1980). Bei einer Pressekonferenz am 9. Januar konkretisierte er diese Aussage noch: die Ansichten beider Regierungen konvergierten hinsichtlich der Lage in der Region Südasien und Mittelost. Nach beider Auffassung ziele die Sowjetunion mit ihrem Angriff auf Afghanistan auf die Verwandlung des historischen Pufferstaats Afghanistan in einen Marionettenstaat, auf Druckausübung gegen Pakistan und den Iran, einen Zugang zum Arabischen Meer und auf Bedrohung der Ölversorgungsrouten am Indischen Ozean hin (XNA, 10.1.1980).

In einer weiteren Pressekonferenz in Tokyo am 13.1.1980 bezeichnete Brown Peking und Washington als "Partner", nicht jedoch als "Alliierte"; von einer militärischen Allianz seien beide Staaten noch weit entfernt. Als Beispiel dafür könne Südkorea genannt werden, das diesmal allerdings keine Rolle gespielt habe. Anstelle einer formellen Allianz, die als "asiatische NATO" vor allem der sowjetischen Propaganda Munition lieferte, wolle man beiderseits auf parallele Aktionen hinarbeiten, wobei die gemeinsame Hilfe für Pakistan eine erste Gelegenheit gebe.

Weiterhin sehe die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit eine regelmäßige, gemeinsame Überprüfung der internationalen strategischen Situation und der diesbezüglichen gegenseitigen Standpunkte vor. Thema ist dabei stets: wie kann der Expansion Moskaus Einhalt geboten werden.

Drittens wolle man die Kommunikation auf militärischem Gebiet stärken. Künftig sollen sich mit anderen Worten die Militärs häufiger besuchen.

Schließlich wolle Washington den Chinesen Technologie liefern, die allerdings primär für den zivilen Bereich gedacht ist (AFP, 13.1.1980). Die USA wollten China keine Waffen liefern, und Peking sei daran auch gar nicht interessiert. Als ersten Schritt aber werde man den Chinesen eine Bodenstation liefern, die diesen den Zugang zum amerikanischen Satellitensystem "Landsat" eröffnet und sie in die Lage versetzt, an den von diesen Erdbeobachtungssatelliten gelieferten Informationen teilzuhaben. "Landsat-I" wurde bereits 1972 in eine etwa 900 km hohe Erdumlaufbahn geschossen, und zwar mit Kameras, die Bilder mit hohem Auflösungsvermögen schießen. Das System eignet sich für Boden-, Wasser- und Luftvermessungen, gibt Auskünfte über Schnee und Eisschmelzen, über Rohstoffvorkom-

men, über mögliche Erdbebenzonen, läßt sich schließlich auch für militärische Zwecke verwenden. 20 Länder haben bereits solche Auffangstationen erworben. China ist jedoch das erste kommunistische Land, das in den Genuß dieses Beobachtungssystems kommt. Während die Amerikaner den Chinesen also selbst strategisch wichtige Instrumente zukommen lassen, verweigern sie den Sowjets gleichzeitig die Lizenz für weit weniger wichtige Güter (XNA, 13.1.1980).

Verteidigungsminister Xu Xiangjian betonte, daß alle Lieferungen der USA ausschließlich zu Chinas Verteidigung oder zu dessen Aufbau verwendet würden (XNA, 7.1.1980). Beide Länder, die USA und China, wünschten eine friedliche internationale Umgebung. Angesichts der sowjetischen Aktionen in Vietnam, Kampuchea und Afghanistan sei aber eine Zusammenarbeit zwischen China und den USA als "Element bei der Aufrechterhaltung des globalen Friedens" wichtig (ebd.). Asia Week (25.1.1980, S.10) meint, daß Afghanistan der Anlaß für die USA gewesen sei, die "three way alliance" zwischen USA, China und Japan voranzutreiben. Die japanische "Pan-Pazific-Community" könne durch diese Initiative einen neuen Inhalt bekommen.

Der in sowjetisch-vietnamesischer Regie betriebene Sender "1.August" sieht in dem Brown-Besuch den Beginn einer amerikanisch-chinesischen Zusammenarbeit, durch die der US-Imperialismus neu gestärkt werde. Da Washington seine Basen in Vietnam, Kampuchea, Iran und anderen Plätzen Asiens verloren habe, sei nun China als Surrogat eingesprungen. Wollten die USA den Transport ihrer Waffen von den Militärbasen in Okinawa, Südkorea und den Philippinen nach Pakistan bewerkstelligen, so bräuchten sie eine Zwischenlandebasis, für die das Gebiet der VR China geradezu ideal sei (SWB, 22.1.1980).

Handelt es sich hier um eine langfristige Zusammenarbeit oder nur um ein kurzfristiges, durch den amerikanischen Wahlkampf verursachtes Washington-Manöver? Einstweilen scheint es, als sei SALT II weit in die Ferne gerückt. Peking und Washington haben fast überall gemeinsame Interessen entdeckt. Selbst die Korea-Frage scheint zwischen ihnen im Sinne des status quo gelöst, auch wenn Peking den Nordkoreanern zuliebe immer wieder den Rückzug der US-Truppen aus Südkorea fordert. Peking klatscht auch Beifall für den Einsatz der amerikanischen Getreidewaffe, unterstützt den amerikanischen Olympia-Boycott und scheint sich überhaupt auf eine De-facto-Allianz einzurichten. Am 25. Januar beschloß die US-Regierung, militärische Anlagen und Geräte an China zu verkaufen. Während ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums versicherte, die USA hielten an ihrer Politik fest, China nicht mit Waffen zu beliefern, bezeichnete der Kongreß-Abgeordnete Lester Wolff die Entscheidung als eine "klare Änderung der US-Politik". Ohne das sowjetische Eingreifen in Afghanistan hätten solche Entscheidungen Washingtons vermutlich noch lange auf sich war-

ten lassen.

-we-

LATEINAMERIKA

(7) Besorgnis über den Kurs Nicaraguas

In mehreren Artikeln während des Berichtszeitraums weist Xinhua auf die kubanische Infiltration des mittelamerikanischen Staates Nicaragua hin. Seit dem Sturz des Somoza-Regimes gäbe es einen täglichen Flug zwischen Havanna und Managua. Funktionäre, Journalisten und Geschäftsleute Kubas gäben sich in Nicaragua die Klinke in die Hand. Beide Nachrichtenagenturen arbeiteten eng zusammen und das Rundfunkwesen Nicaraguas sei von kubanischen Nachrichten beherrscht. Die sandinistischen Streitkräfte würden von kubanischen Militärberatern ausgebildet. Kuba organisiere auch einen nicaraguanischen Geheimdienst, eine 300.000 Mann starke Miliz und Verteidigungskomitees nach kubanischem Vorbild. "Man ist zwar in Managua, glaubt aber, in Havanna zu sein." Sei Nicaragua nicht auf dem Wege, ein weiteres Kuba und damit eine weitere Hintertür der Sowjetunion nach Lateinamerika zu werden?

-we-

(8) Berichtigung

In Übersicht 9 des Dezember-Heftes ist davon die Rede, daß Ecuador der 13. Staat in Lateinamerika sei, der inzwischen mit der VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen habe. Als einer der vorausgegangenen Staaten wird San Vincente zitiert. Dies ist unrichtig. San Vincente wurde zwar 1979 ein selbständiger Staat, hat aber bisher mit Peking keine offiziellen Beziehungen aufgenommen.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(9) Der Besuch des ägyptischen Vizepräsidenten und die Lage in Mittelost

Am 6. Januar kam der ägyptische Vizepräsident Mobarak nach Peking, um dort einen Meinungsaustausch über die Lage in Mittelost zu führen. Deng Xiaoping erklärte, daß die Aggression der Sowjetunion in Mittelost nur dann zurückgeschlagen werden könne, wenn die dortigen Völker sich einig seien. Wichtigste Voraussetzung der Einigkeit aber sei der Rückzug der Israelis aus allen okkupierten arabischen Territorien und die Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes, d.h. die Errichtung eines eigenen Palästinenserstaates (XNA, 07.01.80).

Die Politik der Supermächte in Mittelost sei gescheitert, und zwar sowohl die Taktik der USA, "durch Frieden zu siegen", als auch die Taktik der Sowjetunion, "im Chaos zu siegen".

Der ägyptisch-israelische Friedensvertrag vom März 1979 habe die Verhältnisse zwischen dem arabischen Lager und Israel drastisch geändert, indem er dem dreißig Jahre lang andauernden Kriegszustand zwischen Ägypten und Israel ein Ende gesetzt habe. Ägypten habe zwar einen Teil des verlorenen Territoriums zurückerhalten, doch hielten die Israelis nach wie vor Teile von Palästina und Syrien besetzt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ignoriere ein Teil der arabischen Länder den ägyptisch-israelischen Vertrag.

Immer stärker tritt die Palästinafrage in den Vordergrund. Für die legitimen Rechte der Palästinenser treten nicht nur die arabischen Staaten, sondern neuerdings auch EG-Politiker ein. Die Versuche Israels, durch Stoßtruppunternahmen im Süden Libanons und durch Errichtung von Siedlungen am Westufer des Jordan den palästinensischen Wünschen nach Errichtung eines eigenen Staates das Wasser abzugraben, seien zum Scheitern verurteilt. Auch in Israel selbst sei man durchaus verschiedener Meinung, wie der Rücktritt des Außenministers Dayan gezeigt habe.

Die Sowjetunion nutze unterdessen die durch solche Uneinigkeiten verursachte Spaltung der Länder des mittleren Ostens zu ihren Gunsten aus: Von Ende 1978 bis Oktober 1979 unterzeichnete sie nacheinander Allianzverträge mit Äthiopien, Afghanistan und Südjemen und schickte Waffen und Militärexperten in diese Länder. Die Stagnation des Friedensprozesses im mittleren Osten, die durch den ägyptisch-israelischen ferner die Festnahme der amerikanischen Geiseln im Iran und die Minderheitenunruhen im Iran, die durch die "Verschmelzung von Regierung und Religion" zustande gekommen seien, sei dazu angetan, Moskau in seinem Expansionsstreben weiter zu ermuntern.

Was jetzt nottue, sei Einigkeit.

Ägypten und China unterhalten enge kulturelle, wirtschaftliche und nicht zuletzt auch militärische Beziehungen. Unter anderem liefert China an Ägypten Ersatzteile für MIG-Jagdflugzeuge, während Ägypten umgekehrt den Chinesen aus Beutebeständen des Jong-Tipurkrieges sowjetische Waffenmuster zugespielt hat. Peking (XNA 22.01.80) nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die USA den Ägyptern Militärhilfe in Höhe von 1 Mrd. Dollar für die nächsten zwei Jahre angeboten haben. Ägypten werde F-16-Jagdflugzeuge und M-60-Panzer erhalten.

Wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA aus Tripolis meldet, soll Libyen die Handelsbeziehungen zur VR China abgebrochen haben, nachdem bekannt wurde, daß China den Ägyptern 90 Kampfflugzeuge liefert. Beide Staaten hatten

erst im August 1978 diplomatische Beziehungen aufgenommen.

-we-

(10) Rhodesien-Frage: London verhält sich parteiisch

Am 30. Dezember 1979 unterzeichneten drei Parteien, nämlich Großbritannien, die Patriotische Front von Simbabwe und die rhodesische Regierung, nach dreieinhalbmonatigen Verhandlungen den Friedensvertrag von London. Dieses Schlußdokument enthält eine Unabhängigkeitsverfassung, ferner Übergangsregelungen bis zur Unabhängigkeit und ein Waffenstillstandsabkommen. Im Rahmen der Verfassung einigten sich die Teilnehmer auf die Errichtung eines Parlaments mit 107 Abgeordneten, von denen 80 aus allgemeinen Wahlen und 20 aus Wahlen der Weißen hervorgehen sollen. Die Übergangsperiode solle 2 Monate betragen, in deren Verlauf der britische Gouverneur Soames die Macht ausüben soll. Der Gouverneur sorgt auch für die Errichtung einer Waffenstillstandskommission.

Der Vertreter Chinas hatte bereits am 21. Dezember erklärt, daß Peking nach wie vor hinter dem Volk von Simbabwe bis zu dessen "endgültigem Sieg" stehe. China sei allerdings damit einverstanden, daß die UNO-Sanktionen gegen Rhodesien aufgehoben würden. China werde auch darüber wachen, daß alle zukünftig noch abzuschließenden Abkommen buchstabengetreu befolgt würden (XNA, 22.12.1979). Inzwischen wirft RMRB (17.1.1980) den Briten Einäugigkeit vor. Seit dem Waffenstillstand vom 28. Dezember seien ungefähr 70 Menschen getötet worden. Außerdem würden die Truppen Muzorewas und der Patriotischen Front nicht gleichberechtigt behandelt. Die einseitige Parteinahme Großbritanniens habe bei der Patriotischen Front Unzufriedenheit und Sorge ausgelöst.

China blickt bei der Beurteilung der Lage in Simbabwe-Rhodesien nicht nur auf die Vorgänge in Salisbury, sondern hält die gesamte regionale Lage, vor allem die Situation der 4 Nachbarstaaten Simbawwes, Sambia, Botswana, Mozambique und "Azania" (so wird in der chinesischen Terminologie Südafrika genannt), im Auge. Vor allem mit Sambia geht die enge Zusammenarbeit weiter, die bereits seit dem Bau der Tansambahn Anfang der 70er Jahre begonnen hat. Xinhua registriert eine Reihe von Überfällen rhodesischer Truppen, seit die Rhodesienkonferenz am 10. September 1979 begonnen hat. Diese Überfälle entsprächen einer Strategie der rhodesischen Behörden, die auf die Zerstörung der Verkehrswege Sambias abzielten, um dieses Land zu zwingen, Druck auf die Patriotische Front von Simbabwe auszuüben. Am 23. November hatte der UNO-Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf angenommen, in dem die rhodesischen Angriffe gegen Sambia verurteilt wurden. Am 27. November verurteilte Hua Guofeng in einem Telegramm an Präsident Kaunda die "rhodesisch-rassistischen Kräfte" und versicherte den Präsidenten der chinesischen Solidarität (XNA, 28. 11.79). China hilft auch dort aus, wo die Sam-

bier der Schuh am meisten drückt. Im Dezember stellte es eine Hilfsbrücke über den Sambesifertig, so daß Sambia wieder auf dem Schienenweg von Daressalam aus mit wichtigen Gütern versorgt werden kann. Die 270m lange Brücke war bei einem Angriff aus Rhodesien im Oktober teilweise zerstört worden. Dadurch geriet die Versorgung Sambias, das keinen eigenen Zugang zum Meer hat, vorübergehend in Schwierigkeiten, da lebenswichtige Güter auf Lastwagen umgeladen werden mußten. Die Eisenbahnbrücke wurde von den Chinesen in nur 2 Monaten repariert.

-we-

(11) Neue chinesische Kampfflugzeuge für Somalia und Sudan?

Die drei nordostafrikanischen Länder Ägypten, Sudan und Somalia, die noch bis Anfang der 70er Jahre so eng mit der Sowjetunion zusammengearbeitet hatten, mit dieser dann allerdings jäh ihre Beziehungen abbrachen, stehen seit diesem Frontwechsel in engem Kontakt mit Peking. Ägypten wird von der VR China mit Ersatzteilen für MiG-Düsenjäger beliefert, für die sich Moskau seit dem Bruch mit Kaiero nicht mehr zuständig fühlt. Angesichts dieser Interessenlage klingt eine AFP-Meldung vom 11.1.1980 nicht unwahrscheinlich, in der es heißt, daß aus der Umgebung des amerikanischen Geheimdienstes verlautet, Vertreter Somalias und Sudans hätten im Dezember 1979 in getrennten Gesprächen von Peking die Lieferung chinesischer Kampfflugzeuge vom Typ F-6 beantragt, worauf die Chinesen die Lieferung von je 12 dieser Maschinen zugesagt hätten.

Diese Zusage war dem Afghanistan-Ereignis vorausgegangen. Insofern stellt die Lieferung einen allgemeinen Beitrag zur Herstellung eines Gegengewichts zum sowjetischen Einflußbereich im Südjemen und Äthiopien dar. Sowohl der Sudan als auch Somalia wissen allerdings, daß die chinesische F-6 der MiG-23, über die die äthiopische Luftwaffe verfügt, nicht gleichwertig ist.

-we-

(12) Afghanistan: Für die Welt ein Augenöffner, für die Sowjetunion ein Vietnam

Zwischen dem 24. und dem 26. Dezember 1979 beförderte die Sowjetunion mit 200 Transportflugzeugen in aller Eile 5.000 Soldaten, 300 Panzerwagen und einige Dutzend Panzer nach Kabul. Gleichzeitig marschierten 5 Divisionen an der Grenze zu Afghanistan auf. Am 27. Dezember begannen die eigentlichen militärischen Operationen, in deren Verlauf Radio Kabul bekanntgab, daß der bisherige Präsident Amin gestürzt und erschossen und durch den neuen Führer Karmal ersetzt worden sei. Am 28. Dezember gab die Sowjetunion bekannt, sie habe der Bitte der afghanischen Behörde entsprochen und Streitkräfte geringerer Stärke nach Afghanistan entsandt, wobei sie aufgrund des sowjetisch-afgha-

nischen Vertrags über Frieden und Freundschaft von 1978 gehandelt habe. Die Truppen seien entsandt worden, um eine "äußere Bedrohung" Afghanistans abzuwehren. Die Regierung der VR China schloß sich dem weltweiten Protest mit einer Erklärung vom 30. Dezember an, in der sie die Intervention scharf verurteilte. Die sogenannte Theorie der begrenzten Souveränität sei nunmehr vom Ostblock auf die blockfreien Länder der Welt und auf die islamischen Länder ausgeweitet worden. Bisher hätten sich die sowjetischen Hegemonisten des Einsatzes von kubanischen und vietnamesischen Söldnern sowie der Entsendung von Militärberatern bedient. Nunmehr hätten sie erstmals direkt mit eigenen Truppen eingegriffen und damit ihre Maske fallen lassen. Die einzige "äußere Bedrohung" für Afghanistan gehe von der Sowjetunion, nicht von einer dritten Macht aus. Die Sowjettruppen sollten sich augenblicklich wieder zurückziehen.

Pekings Reaktion bestand einmal darin, daß es den ganzen Berichtszeitraum hindurch Protestartikel aus Presse und Rundfunk der ganzen Welt nachdruckte und daß es zum zweiten eine Fülle von Eigenkommentaren über den Moskauer Hegemonismus abgab (vgl. "Articles in the Chinese Press against the Sowjetunion" im Anhang Official Activities des vorliegenden Heftes). Moskau "als Spezialist in Sachen Staatsstreich" habe in Afghanistan Erfahrung: es sei bereits am Sturz von König Zahier im Jahre 1973 und am Putsch gegen Mohammed Daoud im April 1978 beteiligt gewesen, und ebenso zog Moskau die Fäden, als Amin im September 1979 den bis dahin amtierenden Taraki ausschaltete. Im Dezember schließlich habe Moskau auch Amin ausgeschaltet und ihre "Marionette" Karmal an seine Stelle gesetzt. Vier RMRB-Kommentare (21.-25.1.1980) geben die chinesische Einschätzung wieder.

- Der "sowjetische Hegemonismus bedrohe die ganze Welt". Bisher hätten viele Beobachter geglaubt, die Sowjet-Strategie sei defensiv. Afghanistan jedoch habe gleich zu Anfang der 80er Jahre einen Offensivkurs ausgewiesen.

- Entspannung "a la Moskau" sei nichts als ein Mittel zur Durchführung sowjetischer Globalstrategie im Interesse der Weltherrschaft: noch jedem "Entspannungs"- Schritt (Schlußakte von Helsinki, SALT II) sei ein Offensivakt gefolgt: Auf Helsinki der Einfall von Söldnertruppen in Angola, Zaire, am Horn von Afrika und am Roten Meer, auf SALT II nun Afghanistan.

- Die dritte Lehre bestehe darin, daß "Verträge über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit, wie sie bisher in 11 Fällen abgeschlossen wurden, Fesseln seien, die allerdings von einigen Ländern, wie Ägypten, dem Sudan und Somalia, wieder hätten abgeschüttelt werden können. Moskau sei alles andere als ein "natürlicher Verbündeter" der Dritten Welt. Seine Hilfe sei gewiß nicht "uneigennützig".

- Die Sowjetunion habe nur deshalb so "frech" nach allen Seiten ihre "Krallen" ausstrecken

können, weil die Welt nicht genügend scharf reagiert habe. Hoffentlich habe Afghanistan hier ein Zeichen für mehr Realismus und erhöhte Abwehrbereitschaft gesetzt (RMRB, 21., 22., 24. und 25.01.1980).

Das Unternehmen bedeutet einen neuen Schritt: Bisher habe Moskau Interventionen und Unterdrückungen nur innerhalb seiner "großen Gemeinschaft" geübt (RMRB, 31.12.1979). Nunmehr sei die Breschnew-Doktrin auf ein blockfreies und islamisches Land ausgedehnt worden, das oben-dreien durch einen Freundschaftsvertrag mit Moskau verbündet war und an dessen Spitze überdies eine marxistisch orientierte Regierung stand.

Das Afghanistan-Unternehmen bedeute einen weiteren Schritt der sowjetischen Militärstrategie zur Weltherrschaft. Hier gelte es zunächst die USA zu überrunden. Zwischen 1965 und 1968 sei es Moskau tatsächlich gelungen, den Amerikanern in vielen Bereichen des Wetrüstens den Rang abzulaufen. Seit Breschnews Machtantritt Mitte der sechziger Jahre sei die Sowjetunion militärisch von einer Defensiv- zu einer Offensivstrategie übergegangen (MIRV-Raketen, T-72-Panzer, Atom-U-Boote, Flugzeugträger und Backfire-bomber). In der Kriegsführung ist der Schwerpunkt auf Überraschungsangriffe und Präventivschläge gelegt. Ferner sei der Fächer der Waffen so ausgelegt worden, daß nicht mehr nur Nuklear-, sondern alle Arten konventioneller Kriege ausgefochten werden können.

Was die Expansionsrichtung anbelangt, so sei zwar nach wie vor Europa Hauptangriffspunkt. Während die Dislozierung der Moskauer Verbände in Asien relativ stabil sei, erfolge die Expansion nunmehr nach Süden hin, vor allem in Richtung Indischer Ozean. "Unter den gegenwärtigen Umständen, wo die militärische Konfrontation und Pattsituation in Europa und Asien nur schwer durchbrochen werden kann, ist es für die Sowjetunion am wichtigsten, südwärts zu expandieren" (RMRB, 11.01.80). Sie benutze hierbei die beiden Vasallenstaaten Kuba und Vietnam für Stellvertreterkriege. Alles laufe darauf hinaus, ein engmaschiges Netz von Militärstützpunkten in anderen Ländern und zur See zu errichten. Gegenwärtig bildeten Südostasien und Mittelost den Mittelpunkt. Nach Mittelost vor allem wolle Moskau "durch die Hintertür" gelangen. Zur Zeit habe die Sowjetunion eine Flotte mit 28 verschiedenen Kriegsschiffen im Golf von Aden und im Arabischen Meer stationiert. Im November und Dezember 1979 habe die Sowjetunion mit Südjemen und Äthiopien Verträge militärischer Natur unterzeichnet. In den achtziger Jahren ziele Moskau in Mittelost auf Dreierlei ab: nämlich

- Störung der Schifffahrt im Suezkanal
- Eindringen in das Hinterland der arabischen Halbinsel, d.h. vom Süden her
- Zangenbewegung gegen die arabische Halbinsel. Die Sowjetunion wolle ein "Pulverfaß mit einem Ölfaß" schaffen. Letztlich diene auch dieser Schritt dem Ziel einer Einkreisung Euro-

pas und damit letztlich der Erringung der Welt-herrschaft.

(Seit 1971 zwölf Verträge abgeschlossen!)

Peking hat zwei große Hoffnungen:

- es glaubt an die Wirksamkeit des Widerstands der afghanischen Muslim- Organisationen: Am 27. Januar vereinigten sich sechs dieser Organisationen zur "Islamischen Union zur Befreiung Afghanistans", denen es um die Vertreibung der Aggressoren und um Errichtung eines souveränen islamischen Staates gehe. Andererseits leugnet China strikt, daß es diese Organisation von Xinjiang aus mit Waffen unterstützt. Wie aber steht es um die Unterstützung von Pakistan aus? Den afghanischen Rebellen sei es vor allem gelungen, die Haupttrouten zu blockieren und die Straßen zu verminen (XNA, 12.01.80). Sie seien "sehr aktiv in vier Provinzen" (XNA, 18.01.80). Die Sowjets sehen sich unter diesen Umständen sogar zum Einsatz von Giftgas gezwungen (XNA, 25.01.80). Außerdem hätten sie ihre Truppen auf 80.000 Mann erhöhen müssen. Afghanistan werde zu einem "Vietnam der Sowjetunion".

- Ferner hofft Peking auf eine weltweite vereinigte antihegemonistische Front: Mit Beifall bedachte es die Restriktionen der amerikanischen Regierung (Verschiebung des SALT-Abkommens, Einschränkung des Fischfangs und der Getreidelieferungen, Olympia-Boykott etc.). In der UNO-Vollversammlung sei am 14. Januar das afghanische Unternehmen mit 104 gegen 23 Stimmen verurteilt worden. Nicht zuletzt verurteilten die marxistisch-leninistischen Parteien überall in der Welt das sowjetische Vorgehen (XNA, 12.01.80).

-we-

(13) Waffenhilfe für Pakistan? Der chinesische Außenminister besucht Rawalpindi und den Khyber-Pass

Vom 18. bis 23. Januar stattete Huang Hua Pakistan einen Besuch ab, um die Regierung Zia ul-Haq der fortdauernden chinesischen Unterstützung zu versichern und um sie gleichzeitig über die chinesischen Gespräche mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Harold Brown zu unterrichten (XNA, 19. und 22.01.80). China versprach "volle militärische und ökonomische Unterstützung" angesichts der sowjetischen Aktionen in Afghanistan, von denen sich auch China bedroht fühle (SWB, 21.01.80). Immerhin hätten sich die Spitzen der Sowjetverbände nur zehn Kilometer von der pakistanischen Grenze entfernt eingegraben und kontrollierten dort eine Straße, die das pakistanische Dorf Haji Duwano mit dem afghanischen Kandahar verbinde (XNA, 24.01.80).

Demonstrativer Höhepunkt der Huang-Hua-Visite war ein Besuch des chinesischen Außenministers in einem Flüchtlingslager nahe der Stadt

Peshawar. Allein in der pakistanischen Nord-westprovinz seien 378.860 Flüchtlinge aus Afghanistan registriert, gar nicht zu reden von den nichtregistrierten Flüchtlingen, deren Zahl wohl um 15-20% höher liege. Das von Huang Hua besuchte Lager faßte 6.000 Flüchtlinge, die alle aus dem Logar-Tal rund 20 km von Kabul entfernt gekommen waren (XNA, 21.01.80).

In welcher Weise könnte China den Pakistanis helfen? Bei einem Interview mit News Week betonte Zia ul-Haq, daß China "the cornerstone of our relationship" sei. China habe seinem Land ungeheuer moralische und materielle Stärke verliehen und seit 1966 Hilfsgüter im Werte von 2 Mrd. US\$ geliefert. Außerdem habe China die Pakistanis die Selbsthilfe gelehrt, mit der man bisher recht gut zurechtgekommen sei. Der sowjetische Einfall in Afghanistan habe allerdings die Lage schlagartig verändert, so daß man nun doch Ausschau nach weiterer militärischer Stärke halten müsse. Nach Lage der Dinge kämen als Gesprächspartner hier vor allem die USA in Betracht. Mit Freude habe er, Zia, vernommen, daß die Amerikaner sich wieder an den US-pakistanischen Vertrag von 1959 erinnerten. Amerikanische Waffenlieferungen müßten, sollten sie wirklich effektiv sein, in die Milliarden gehen; denn man könne ja nicht einfach die militärische von der ökonomischen Frage trennen. Pakistan wolle im übrigen sein traditionell gutes Verhältnis zum Iran aufrechterhalten; es strebe auch in keiner Weise nach dem Bau einer eigenen Atombombe. Dies sei eine von der israelischen Propaganda erfundene "Zeitungssente". Nach inoffiziellen Berichten verlangt Pakistan von den USA Waffenlieferungen im Werte von wenigstens 2 Mrd. US\$. Damit könnte man entlang der etwa 1000 km langen Grenze zu Afghanistan 25 Batteriestellungen mit Hawk-Flugabwehrraketen installieren, man könnte rund 300 moderne Kampfpanzer anschaffen, 10 Panzerartillerie-Bataillone neubilden und 60 Erdkampfflugzeuge kaufen. Als Geldgeber dürften neben den Amerikanern vor allem Saudi-Arabien in Betracht kommen.

Frage: In welcher Weise hilft die VR China? Pakistan ist seit Jahren der Hauptempfänger chinesischer Entwicklungshilfe. Die wichtigsten chinesischen Projekte sind Straßenbauten, wobei die Karakorum-Autobahn zum berühmtesten Objekt geworden ist, ferner die Schwermaschinenfabrik Taxilla und eine Fülle von kleineren Fabriken für Kunstdünger, Papier, Zucker, Ziegel etc. Nach dem indisch-pakistanischen Dezemberkrieg von 1971 hat China auch die Waffenbestände Pakistans zum Teil wiederaufgefüllt. Auch Huang Hua hat seinem Gesprächspartner Waffenlisten vorgelegt (Kyodo in SWB, 24.1.1980). Militärische Lieferungen fließen vor allem über die Karakorum-Straße ein, die angeblich seit dem 17. Januar für den Zivilverkehr gesperrt wurde, um auf diese Weise den Militärkolonnen aus Kashgar in Xinjiang über Gilgit (in Pakistan) ein schnelleres Vorankommen zu ermöglichen (AFP in SWB, 19.1.1980).

Frage: Inwieweit unterstützt China direkt die afghanischen Aufständischen?

Wie die Pravda am 19.1.1980 erneut betonte, sei ja die amerikanisch-chinesische Unterstützung für die afghanischen "Reaktionäre" mit das Hauptmotiv für den Hilferuf Karmals an Moskau und für den daraufhin erfolgenden Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan gewesen. Radio Hanoi behauptet, China sende militärische Experten nach Pakistan, um dort afghanische Aufständische auszubilden (Radio Hanoi, 21.1.1980, in SWB, 24.1.1980). Sechs "reaktionäre Gruppen der afghanischen Bruderschaften" hätten sich mit pro-maoistischen Organisationen in 50 Festungen und Sonderbasen rund um Afghanistan zusammengetan und würden dort von amerikanischen und chinesischen Ausbildern in der Bedienung von Flak- und Pakwaffen trainiert (Radio Hanoi in SWB, 28.1.1980). Sowohl die pakistanische als auch die chinesische Regierung bezeichnen solche Behauptungen als "völlig aus der Luft gegriffen" (SWB, 22.1.1980).

Die Ausbildung des Riesenpotentials von afghanischen Rebellen würde allerdings den pakistanischen und chinesischen Interessen sehr wohl entsprechen. Pakistans 440.000-Mann-Armee ist in ihrer gegenwärtigen Ausrüstung nicht auf einen sowjetischen Angriff aus dem Nordosten, sondern nahezu ausschließlich auf den indischen Feind im Osten eingestellt. In der pakistanischen Nordwest-Provinz sind zur Zeit nur 2 Infanterie-Divisionen mit 28.000 Mann. Etwa 800 der 1.000 Panzer, die nahezu ausschließlich entlang der indischen Grenze stationiert sind, stammen aus China: T-54- und T-59-Tanks. Auch die meisten der 250 Kampfflugzeuge aus der MiG-Baureihe stammen vom chinesischen Nachbarn.

-we-

ASIEN

(14) Gründung einer Peking-orientierten KP in Japan

Anfang Januar wurde von dem "provisorischen ZK der KP Japans (Linke) und dem ZK der KP Japans (Marxisten-Leninisten)" beschlossen, eine neue Partei, die "Kommunistische Partei Japans (Marxisten-Leninisten)" zu gründen. Gleichzeitig wurden eine Gründungsdeklaration, ein Aktionsprogramm und ein Parteistatut verabschiedet und das ZK gewählt (BRu, 1980/5, S.15). Damit hofft Peking offensichtlich, anstelle der bisherigen Splittergruppen einen entschlosseneren Vertreter seines Kurses gefunden zu haben, der der altetablierten, Moskau-orientierten KPJ wirksam entgegentreten kann.

-we-

(15) Die Lage in Korea nach dem Tod Park Chung Hees und der nordkoreanische Vorschlag zu Wiedervereinigungsgesprächen

Am 25. Oktober war der südkoreanische Präsident Park Chung Hee ermordet worden. Der Präsident, der achtzehn Jahre über Südkorea geherrscht und das Land zu einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaftsmächte (durchschnittlich jährlich plus 10%) umgebaut hatte - mit dem Erfolg, daß das südkoreanische Pro-Kopf-Einkommen heute auf 944\$ pro Jahr angewachsen ist hatte in Peking ein schlechtes Image: Der "Präsident" sei 1961 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen und habe noch grausamer als sein Vorgänger Syngman Rhee das Volk unterdrückt, indem er das faschistische, "antikommunistische Gesetz", ferner das "Gesetz über politische Parteien" und das "nationale öffentliche Sicherheitsgesetz" erlassen, ferner einen 30.000 Mann starken Geheimdienst und "Militärsondergerichte" aufgebaut, und nicht zuletzt den Wiedervereinigungsdialog systematisch sabotiert habe. Im Juli 1972 seien zwar Nord-Süd-Kontakte angebahnt, jedoch schon drei Monate später wieder durch die "Yusin-Verfassung" Park Chung Hees abgewürgt worden. Unter dem Vorwand einer "drohenden Invasion aus dem Norden" habe er die Rüstung vorangetrieben (Errichtung eines Rüstungszentrums in Masan nahe Pusan, Ausbau der Geschütz- und Panzerindustrie), habe über 2.000 Zeitungen, Nachrichtenagenturen und Verlage geschlossen, mehrere Hundert Journalisten verhaftet und sei systematisch gegen patriotische Demokraten vorgegangen.

Die Ermordung Park Chung Hees durch seinen Geheimdienstchef sei von der westlichen Presse zu einem innerpersönlichen Palastputsch heruntergespielt worden. In Wirklichkeit sei dieser Mord jedoch nicht zufällig geschehen, sondern sei die Folge der ärmsten sozialen und politischen Krise und des verschärften Zanks innerhalb der Herrscherclique Südkoreas gewesen (BRu 1979 Nr.45, Seite 15f). Während Peking hier an Park kein gutes Haar läßt, stilisiert es umgekehrt Kim Il Sung mit seinen alle Vorstellungen sprengenden Personenkult, mit seiner Mißwirtschaft und mit seinen Unterdrückungsmethoden gegen jede Form von Opposition zum echten Patrioten und zum besten Freund des chinesischen Volkes.

Wie schon 1972 stellt China sich hinter die Nord-Süd-Verhandlungen, wie sie von Kim Il Sung Anfang Januar den Südkoreanern vorgeschlagen worden sind. Es sollten nicht nur direkt Gespräche geführt, sondern darüber hinaus Anstrengungen für das Zustandekommen einer politischen Nord-Süd-Konsultativkonferenz unternommen werden. Man wolle mit den Vertretern der verschiedenen Parteien Südkoreas, mit dem neuen südkoreanischen Ministerpräsidenten sprechen, und zwar in Panmunjon, in Pyongyang, in Seoul oder in einem dritten Land.

Peking stellt sich hinter solche Vorschläge, weiß aber andererseits recht wohl, daß irgendwelche Hoffnungen über konkrete Resultate Illusion sind.

Gleichzeitig fordert Peking nach wie vor den Abzug der US-Truppen aus Südkorea. Diese Forderung ist ein Lippenbekenntnis, das den Nordkoreanern zuliebe abgegeben wird. In Wirklichkeit liegt eine starke amerikanische Militärpräsenz in Südkorea, die militärische Abenteuer Nordkoreas - und damit letztlich einen Interventionsvorwand der Sowjetunion - ausschaltet, im chinesischen Interesse. Die Nordkoreaner decken sich neustens mit dem sowjetischen T-62-Panzer sowie mit MiG-23-Jagdflugzeugen ein. Im Januar 1980 hat Nordkorea außerdem einen Vertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet, nach dem den Russen erlaubt wird, eine Marinebasis in Najin, einem Hafen an Koreas Ostküste mit einer Eisenbahnverbindung nach Wladiwostok, einzurichten. Die Manövrierfähigkeit der sowjetischen Pazifikflotte, die bereits durch Basen in Südvietnam (Kamran, Danang) gestärkt wurde, würde dadurch um ein weiteres Mal bestärkt werden.

Unter diesen Umständen konnte es den Chinesen nur recht sein, daß die USA, geschockt durch die Ermordung ihres Verbündeten Park Chung Hees, ihr Engagement für Südkorea wieder zu verstärken beginnen. Zur Zeit stehen in Südkorea 38.000 amerikanische Soldaten, die zusammen mit der südkoreanischen 525.000-Mann-Armee die Lage in Korea stabil halten sollen.

Wenn es beiden koreanischen Staaten nicht gelingen sollte, ihre Wiedervereinigung auf friedlichem Wege herbeizuführen - und dafür gibt es zur Zeit keinerlei Anhaltspunkte - so liegt die Erhaltung des Status quo in Korea ganz im chinesischen Interesse. Die anti-amerikanischen Begründungen in der Koreafrage widersprechen mit anderen Worten dem durchaus pro-amerikanischen Kurs, der in Wirklichkeit vorsichtig gesteuert wird. Im übrigen geben Washington, Seoul und Tokio ein "antisowjetisches Dreieck" ab, wie es sich die VR China schöner gar nicht wünschen könnte. In ihrer offiziellen Koreapolitik ist die VR China dabei, schnell an Glaubhaftigkeit zu verlieren.

-we-

(16) Mauritius kündigt Fischereiabkommen mit der UdSSR

Mit Genugtuung nimmt Xinhua (XNA, 16.1.1980) die Kündigung des vor 10 Jahren geschlossenen Fischereiabkommens der Inselrepublik Mauritius mit der Sowjetunion zur Kenntnis. Das 1970 unterzeichnete Abkommen, welches Moskau weitgehende Hafenrechte für Sowjettrawler im Indischen Ozean einräumt, sei im Westen schon oft als juristische Legitimation für Sowjetspionage kritisiert worden.

China selbst sieht in Mauritius eine wichtige

Durchgangsstation für Schiffe auf dem Wege vom Kap der Guten Hoffnung zur Malacca-Straße. Es umwirbt Mauritius seit Jahren, hat mit ihm im September 1975 diplomatische Beziehungen aufgenommen und Entwicklungshilfe geleistet, wobei das Bemühen, die Mauritanier von einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abzuhalten, stets deutlich im Vordergrund stand.

-we-

(17) Die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen im Berichtszeitraum: Keine Verhandlungsrunde, gegenseitige Beschuldigungen; Positionskämpfe in Vietnam? Neue Politik

Am 19. Dez. 1979 hat die 15. Vollversammlung der beiden Verhandlungsdelegationen stattgefunden, (C.a. Dez. 1979, 015). Im Januar fielen solche Gespräche jedoch aus, und zwar aus Verschulden der Chinesen, wie VNA (29.1.80, in SWB 31.1.80) hervorhebt. Diesmal hätte die chinesische Delegation präsidieren sollen, doch der chinesische Verhandlungsleiter habe den Vietnamesen auf deren Anfrage erwidert, er sei zur Zeit zu sehr beschäftigt.

Ansonsten liefen die gegenseitigen Anschuldigungen hinsichtlich gegenseitiger Kriegsvorbereitungen und Übergriffe weiter (Radio Hanoi 3.1., in SWB, 5.1.80). Nhan Dan warf auch noch einmal die Frage der staatlichen Souveränität über die Inseln im Südchinesischen Meer auf (SWB, 3.1.80). Radio Hanoi skizzierte den "Pekinger Hegemonismus". Seit 1979 hätten die "Pekinger Reaktionen" versucht, Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) zu erobern. Zu diesem Zweck hätten sie zunächst einmal die Pol-Pot-Einheiten im Südwesten vorgeschickt (Dez. 1978) und hätten dann, nachdem dieses Unternehmen gescheitert war, zu einem zweiten Schlag gegen Hanoi ausgeholt (17.2. - 5.3.1979). Von den 600.000 Angreifern seien 62.500 getötet worden (bisherige Zahlen lauten auf 4.000 Tote und 16.000 Verwundete Chinesen, (so C.a., April 1979, 016). Auch jetzt noch setze Peking seine Angriffe fort: Geographisch stünden seine Truppen an mehr als zehn Stellen auf vietnamesischem Territorium. Außerdem würden entlang der vietnamesischen Grenze zehn Divisionen massiert mit vier Armeekorps im Rücken.

Politisch habe sich Peking eng mit den US-Imperialisten und anderen Reaktionen zusammengetan, um Vietnams internationales Prestige zu untergraben und es zu isolieren. Dazu bediene man sich einer Propaganda, die die "vietnamesische Flüchtlingsfrage" sowie den angeblichen "Nahrungsmangel in Kambodscha" als Hauptthema behandle.

Wirtschaftlich versuche Peking, nachdem es einseitig bereits seine eigenen Hilfeleistungen 1979 eingestellt habe, auch andere Länder davon

abzuhalten, mit Vietnam Handel zu treiben oder ihm Hilfslieferungen zukommen zu lassen. (Radio Hanoi, 27.12.79 in SWB, 3.1.80)

Auch China zählte eine Reihe von vietnamesischen Übergriffen auf (XNA, 9.1.80) und beschuldigte Vietnam, die "Indochinaföderation" herzustellen, ohne allerdings diesen Ausdruck offiziell zu benutzen, da er zu sehr Erinnerungen an die französische Kolonialherrschaft wachrufe (XNA, 12.01.80).

Ferner fahre Vietnam damit fort, ein Flüchtlingsproblem zu schaffen. Erst Anfang Januar seien wieder 500 vietnamesische Boat People in Thailand angekommen (XNA, 11.1.80). Die Flüchtlingswelle rühre nicht zuletzt daher, daß die Hanoi-er Behörden systematisch die nationalen Minoritäten in Vietnam unterdrückten (XNA, 25.1.80).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(18) 34. Generalversammlung des internationalen Militärsportrats

Vom 9. bis 14. Januar tagte in Peking die Generalversammlung des internationalen Militärsportrats, der vor dreißig Jahren gegründet worden war und an dem dieses Mal 36 Länder teilnahmen, unter anderem die Bundesrepublik, die USA, Frankreich etc., nicht dagegen die Ostblockländer. Bei der Tagung wurde ein neues Führungsgremium gewählt und außerdem das Sportprogramm für die nächsten Jahre beschlossen. Unter anderem sollen 1980 15 Meisterschaften in verschiedenen Militärsportarten (Judo, Boxen, Fünfkampf etc.) stattfinden (XNA, 15.01.80). Die chinesische Führung benützt hierbei jede Gelegenheit, um ihre antihegemonistische Haltung, vor allem ihre Meinung in der Afghanistanfrage auszudrücken. Unter anderem hielten Hua Guofeng und Verteidigungsminister Xu Xiangqian Reden zum Thema Antihegemonismus.

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(19) 800.000 Touristen in China 1979

Über 800.000 Touristen verzeichnete China im Jahre 1979. Das sind 30% mehr als im Vorjahr. In dieser Angabe sind allerdings noch keine Zahlen für die Besuche von Überseechinesen in der Volksrepublik enthalten.

Um den wachsenden Ansturm ausländischer Besucher verkraften zu können, hat ein wahrer Boom beim Hotelbau eingesetzt. Neue Hotels wurden bereits in Suzhou, Wuxi, Nanjing und Qingdao eröffnet. In ca. 20 Städten werden z.Zt. Hotels gebaut, so u.a. in Kunming, Guilin, Hangzhou, Harbin, Chongqing, aber auch in Peking und Shanghai. Jedes Hotel soll eine Unterbringungskapazität von 500 Räumen und mehr erhalten. Der höchste Hotelneubau wird gegenwärtig in Shanghai errichtet. Das Hotel soll 90 m hoch werden und in 25 Stockwerken 600 Zimmer, 11 Restaurants und Geschäfte erhalten. (XNA, 21., 24., 31.12.1979)

In Peking wird der wichtigste geplante Hotelneubau aller Voraussicht nach das Hotel "Große Mauer" werden. Es soll nördlich des Landwirtschaftsausstellungsgeländes errichtet werden und 17 Stockwerke mit 1008 Zimmern haben. Es ist geplant, dieses Projekt als Gemeinschaftsunternehmen von China International Travel Service mit 51% und einem US-amerikanischen Partner mit 49% Beteiligung zu errichten. (AWSJ, 17.12.1979)

In einer Ende Dezember in Peking abgehaltenen Fachtagung über den Bau von Touristenhotels, Kinos und Theatern wurde der Bau von Touristendörfern vorgeschlagen. Die Dörfer sollten aus einer Gruppe kleiner Hotels bestehen, die in Material und Architektur den lokalen Besonderheiten entsprechen. (XNA, 24.12.1979)

Neben den Beherbergungskapazitäten werden auch die Reisemöglichkeiten ausgebaut. Es sind jetzt Linien- und Charterflüge zwischen Hongkong und Hangzhou, Nanjing, Shanghai und Guilin möglich. Der Passagierschiffsverkehr wurde von Hongkong nach Shanghai, Kanton und Xiamen (Amoy) aufgenommen.

Parallel zum Ausbau des Touristikbereichs läßt sich eine stete Anhebung der Preise verzeichnen, die ausländische Besucher zu zahlen haben. Jüngstes Beispiel ist die Anhebung der Eisenbahntarife. Ab 1. Januar 1980 müssen Ausländer - nicht die chinesischen Fahrgäste - 75% mehr für ihre Eisenbahnfahrkarten bezahlen. Im Gegensatz zum innerchinesischen Luftfahrtverkehr hatte es bislang bei der Bahn keine zweigeteilten Tarife gegeben. (Kyodo, 5.1.1980, zitiert nach SWB, 11.1.1980)

-ga-

(20) Clubs und Tanzveranstaltungen für Ausländer und Auslandschinesen

Um den ausländischen Touristen und den in China lebenden Ausländern ein attraktiveres Nachtleben zu bieten, werden bereits seit geraumer Zeit in den Ausländerhotels, Clubs und Seemannsheimen in verschiedenen chinesischen Städten Tanzveranstaltungen und andere Freizeitaktivitäten organisiert. In Peking können Ausländer und Auslandschinesen sowie deren in China

lebende Verwandte und Freunde im Kulturpalast der Nationalitäten, im Internationalen Club und im Freundschafts-Hotel das Tanzbein schwingen. Die Preise hierfür sind freilich teilweise gepfeffert: So beträgt der Eintrittspreis zum Tanzsaal des Kulturpalastes der Nationalitäten, der am Mittwoch, Freitag und Sonntag jeweils von 21 Uhr bis 2 Uhr morgens geöffnet ist, 10 Yuan. Dafür gibt es dann drinnen westliche Musik und ab 23 Uhr eine Kapelle, die zum Tanz aufspielt. Die Getränkepreise sind allerdings zivil: 1 Flasche Bier kostet z.B. 0,90 Yuan (Dongxiang, Nr. 16 (16.1.80), S. 33 ff.).

In Shanghai wurde im Dezember 1979 der frühere Französische Club wieder eröffnet - er heißt heute Jinjiang-Club (Brokatfluß-Club). Der neueröffnete Club, der neben dem Jinjiang-Hotel liegt, verfügt über ein Restaurant, eine Bar, einen Billardraum, eine Bowlingbahn, ein geheiztes Schwimmbad und über Gartenanlagen. Der Eintritt kostet nur 2 Yuan, doch müssen - wie in Peking - alle weiteren Dienstleistungen noch extra bezahlt werden. Der Zutritt zum Jinjiang-Club ist nur Ausländern und Auslandschinesen erlaubt (ebenda; XNA, 20. und 27.12.79).

Doch selbst wenn der chinesischen Bevölkerung der Zutritt zu den Clubs und Tanzveranstaltungen für die Ausländer und Auslandschinesen gewährt würde, müßte der weitaus größte Teil draußen bleiben, da die verlangten Preise zu hoch sind. Nur Funktionäre und ihre Kinder könnten sich einen solchen Luxus leisten. Und letzteren gelingt es dann auch, sich durch die berühmte "Hintertür" Zutritt zu den für den normalen chinesischen Bürger geschlossenen Tanzgesellschaften zu verschaffen (Dongxiang, Nr. 16, (16.1.80), S.34).

-sch-

(21) Ausländische Studenten in Peking verbrannten Sowjetflagge

Rund 40 ausländische Studenten, darunter Amerikaner, Kanadier, Briten, Westdeutsche, Franzosen, Griechen, Schweizer, Australier und Somalis, haben einer AFP-Meldung zufolge (16.1.80, nach MD, 17.1.80) am 16. Januar 1980 während einer Demonstration gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan außerhalb des Geländes der sowjetischen Botschaft eine sowjetische Flagge verbrannt. AFP zufolge trugen die Demonstranten Plakate mit den Slogans "Russen raus aus Afghanistan" und "Hände weg von Kabul". Hinter den geschlossenen Gittern der Botschaft hätten 15 Angehörige des sowjetischen Sicherheitsdienstes sorgfältig fotografiert. Von den etwa 100 chinesischen Zuschauern habe jedoch keiner an der Demonstration teilgenommen.

-sch-

INNENPOLITIK

(22) Grundsatzrede von Deng Xiaoping: "Über die gegenwärtige Lage und die anstehenden Aufgaben"

Verschiedenen Berichten in Hongkonger kommunistischen Zeitschriften und einer Sendung von Radio Guangdong zufolge hielt der Konstrukteur des neuen politischen Kurses der Nach-Mao-Ära, Deng Xiaoping, am 16. Januar dieses Jahres auf der Nationalen Arbeitskonferenz über Erziehungs- und Ausbildungsfragen (5.-23.1.80) in Peking eine politische Grundsatzrede mit dem Thema: "Über die gegenwärtige Lage und die anstehenden Aufgaben". Den ersten Schwerpunkt der Rede Deng Xiaopings bildete eine Analyse der Arbeit der letzten drei Jahre seit dem Sturz der "Viererbande" (1976-1979). Deng zeigte sich im allgemeinen zufrieden über das bisher Erreichte, verschwieg jedoch nicht, daß es nach wie vor große Probleme gebe. Deng sprach von einer allgemeinen ideologischen Verwirrung, von einer Verweichlichung der Disziplin, von nicht mehr zu tolerierenden Privilegien der Funktionäre, einer zu hohen Verbrechensrate und anderen Problemen, die die chinesische Gesellschaft gegenwärtig belasten. Eingehend auf die Rehabilitierung anti-maoistischer Kräfte in den letzten Jahren und auf die Neubeurteilung der jüngsten chinesischen Geschichte gab Deng Xiaoping bekannt, daß er in der Kulturrevolution als kapitalistischer Belzebub verschrien, frühere Staatspräsident Liu Shaoqi in allernächster Zeit rehabilitiert werde. Da die Rehabilitierung Liu Shaoqis nur von einer Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh beschlossen werden kann, dürfte dies bedeuten, daß die 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees in allernächster Zeit einberufen wird.

Auf die Kulturrevolution eingehend, meinte Deng Xiaoping, daß man sich mit der endgültigen Beurteilung noch etwas Zeit lassen solle. Zu gegebener Zeit müsse hierzu eine besondere Tagung einberufen werden. Deng betonte, daß man nicht zu sehr in der Vergangenheit herumwühlen sollte: "Das beste ist, die Vergangenheit zu vergessen" (nach Zhenxiang, Nr.15 (1980), S.22f). Statt dessen solle man sich mit der Gegenwart und Zukunft beschäftigen, d.h. die "Vier Modernisierungen" verwirklichen.

Deng Xiaoping betonte in seiner Grundsatzrede, daß eine politische Situation der "Stabilität und Einheit" (anding tuanjie) die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen" sei. Hierfür wiederum sei eine weitere Stärkung und Verbesserung der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas notwendig. Deng betonte nicht nur die absolute Führungsrolle der Kommunistischen Partei auch in Zukunft, sondern forderte auch mehr Zentralismus und Disziplin bei der politischen Auseinandersetzung. Einer "bürgerlichen Libera-